

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0037/11	08.02.2011
zum/zur		
A0007/11 / Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!		
Bezeichnung		
10.000 Stunden für Ottos Enkel		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		15.02.2011
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport		08.03.2011
Jugendhilfeausschuss		24.03.2011
Ausschuss für Familie und Gleichstellung		05.04.2011
Stadtrat		28.04.2011

Die erste Bildungskonferenz der LH Magdeburg hat in den unterschiedlichen Beiträgen der einzelnen Referate und in den Workshops u.a. sehr deutlich auf die teilweise unbefriedigende Situation der erreichten Schulabschlüsse und deren Auswirkungen in den letzten Jahren hingewiesen.

Als eine wesentliche Aufgabe bei der Formung der Magdeburger Bildungslandschaft, so die Einschätzung auf der Konferenz, wurde in diesem Zusammenhang die bessere Gestaltung von Übergangsphasen in Bildungsbiografien benannt. Hierbei sind es insbesondere, so auch einer der Kerngedanken des Antrages, die Übergänge zwischen Grundschule und weiterführender Schule sowie von der Schule in Ausbildung und Beruf.

Auf diesem Hintergrund ist der vorliegende Antrag folgerichtig. Er muss komplex betrachtet werden und berührt mehrere Handlungsfelder.

Im Sinne des Antrages muss aus der Sicht der Verwaltung eine umfängliche Analyse des Ist-Standes erfolgen.

Hierzu gehört die Feststellung, in welcher Art, Menge und Qualität die vorhandenen Strukturen bzw. Fördermechanismen der verschiedenen Schulen intern oder extern unterstützt werden können.

Der dabei bewusst in den Fokus gerückte Schüler mit seinen Wünschen und Vorstellungen darf ebenso wenig außer Acht gelassen werden wie der lt. Schulgesetz LSA §1(1) fixierte Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule:

„Insbesondere hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf seine Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seine Begabungen, seine Fähigkeiten und seine Neigung fördernde Erziehung, Bildung und Ausbildung.“

In ersten Überlegungen zur Thematik hat die städtische Volkshochschule beispielhaft bereits Unterstützung für folgende Handlungsfelder angeboten:

1) Übergang von der GS zur weiterführenden Schule

Elternarbeit

- Information zu Teilleistungsstörungen wie LRS, Dyskalkulie und damit zusammenhängende Diagnose- und ggf. Therapiemöglichkeiten,
- Austausch zu schul- oder alterstypischen Problemstellungen und fachliche Begleitung.

Fortbildung von Multiplikatoren

- Fachliche und methodische Fortbildung von Lernpaten; Hausaufgabenbetreuung.

2) Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit von Schulabgängern

(Vernetzung mit anderen Anbietern)

- 10-Finger-Tastenschreiben,
- Lesetechniken,
- Gedächtnistraining,
- Das Lernen lernen.

3) Soziale Kompetenzen

- Gutes Benehmen,
- Ziele setzen und verfolgen,
- Konfliktbewältigung.

4) Sprachliche Kompetenzen

- Trainingskurse zu Rechtschreibung und Zeichensetzung,
- Basiswissen Grammatik,
- telc school (international anerkannte Englischprüfung) mit Vorbereitungskursen.

5) Mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenz

- Computeranwendungen wie Excel und Powerpoint für Schule und Lehre.

Ebenso hat die VHS über ihr bundesweites Netzwerk Zugriff auf verschiedene praxisbewährte, modulare Fortbildungsprogramme, die für Jugendliche und junge Erwachsene konzipiert wurden.

Exemplarisch sei das Konzept **prepared4future** genannt, das vor allem soziale Fähigkeiten und Kompetenzen in den so genannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) stärken soll.

Dieses Konzept kann sowohl unterrichtsbegleitend als auch ergänzend eingesetzt werden. Es wurde entwickelt, um Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz und eine erfolgreiche Ausbildung sollen durch gezielte Stärkung von IT-Handlungs- und Sozialkompetenz erhöht werden.

Für das weitere zielorientierte Vorgehen werden folgende Schritte vorgeschlagen:

1. - Berücksichtigung der Hinweise aus den festgelegten Ausschüssen [BSS, Juhi, Familie u. Gleichstellung],
- Erfassung und Analyse der bestehenden schulischen Angebote und ihre Nutzung,
2. - darauf aufbauend die Ermittlungen der Bedarfe an den Schulen,
- Einbeziehung von externen Akteuren im Kontext der Bildungskonferenz.

Die Auswirkungen des Bundesbildungspaketes sind zu berücksichtigen.

Über die einzelnen Schritte wird die Verwaltung den Stadtrat in geeigneter Form informieren.

Dr. Koch